

Anlage 2 - Schwerpunkte in den Haushaltsjahren 2016/2017:

- 120 zusätzliche neue Lehrer, weitere 80 Lehrer werden durch Umorganisation an die Tafeln gebracht.
- 16 zusätzliche Klassenverbände (Klassen 1 und 5) aufgrund gesteigener Kinderzahlen.
- In 2016 und 2017 werden insgesamt acht Grundschulen zu Ganztagschulen.
- Zur Unterstützung von Inklusion, Ganztagschulen und förderlichen Lernumgebungen werden in Schulgebäude 2016 insgesamt 27,56 Millionen Euro und 2017 insgesamt 30,41 Millionen Euro investiert.
- Für den Substanzerhalt öffentlicher Gebäude stehen im Gebäudesanierungsprogramm 2016 insgesamt 35,6 Millionen Euro bereit. Den Schwerpunkt bilden wie in den Vorjahren Sanierungsarbeiten an Schulen.
- Das Betreuungsangebot für bis sechsjährige Kinder wird weiter ausgebaut: in 2016/2017 werden zusätzlich 550 Plätze für unter Dreijährige (Schwerpunkte in Bremen Nord und im Bremer Westen) sowie 702 Plätze für über Dreijährige geschaffen.
- Zur Verbesserung der Qualität in Kindertagesstätten werden 0,7 Millionen Euro in 2016 und 1,65 Millionen Euro in 2017 bereitgestellt.
- Wohnungsbau-Offensive: Der Bremer Senat hat ein „Sofortprogramm Wohnungsbau“ beschlossen. Dieses sieht vor, bis Ende 2017 zusätzliche 2.000 Wohneinheiten zum ohnehin beschlossenen Wohnungsbauprogramm von jährlich 1.400 Wohneinheiten zu schaffen. Darüber hinaus sollen etwa 3.500 Angebote in Wohnmodulbauten errichtet werden, da diese kurzfristig errichtet werden können.
- Bis 2020 wird gemeinsam mit dem Studentenwerk ein Studierendenwohnheim mit 400 Plätzen in der Emmy-Noether-Straße gebaut. In einem ersten Schritt hat der Senat für 2016/2017 insgesamt 2,5 Millionen Euro für die Fertigstellung von zunächst 140 Wohneinheiten bereitgestellt.
- Die Weichen zum Kauf von 67 neuen Straßenbahnen sind gestellt. Die Straßenbahnen sind für das öffentliche Leben sowie die Wirtschaft dieser Stadt ein sehr wesentlicher Faktor. Der reibungslose Betrieb muss gewährleistet sein. Daher ist dieser Beschluss eine gute Investition für die Zukunft Bremens. Die Stärkung des Umweltverbundes ist verkehrlich vernünftig, klimapolitisch notwendig und aus sozialer Sicht geboten, denn ein guter ÖPNV bietet Mobilität für alle.
- Küstenschutz (Deichbau): Der Generalplan Küstenschutz umfasst in den Jahren 2016 und 2017 etwa 34 Millionen Euro, davon etwa zehn Millionen Euro aus den Kassen Bremens. Der Rest wird über Bundesmittel finanziert. Konkrete Projekte sind beispielsweise die Bremer Wollkämmerei oder die sogenannte Stadtstrecke - der Weserdeich am Neustädter Ufer. Der Hochwasserschutz muss auf diesem für das Stadtgebiet links der Weser lebenswichtigen Deichabschnitt vollständig erneuert und verstärkt werden. Er ist für die infolge des Klimawandels erwarteten Hochwasserstände nicht mehr hoch und standfest genug.
- UBB: Das Budget des Umweltbetriebs Bremen wird um drei Millionen Euro aufgestockt, um Bremens Grünanlagen besser bewirtschaften zu können. Zudem wächst die Bedeutung vor allem der städtischen Grünanlagen angesichts der notwendigen Innenentwicklung und der Anforderungen an die klimagerechte Stadt.

- Stadtteilbudgets: Bremen wird erstmals im Doppelhaushalt 2016/2017 ein Stadtteilbudget für verkehrslenkende, -leitende und -beruhigende Maßnahmen in Höhe von einer Million Euro ausweisen. Damit setzt die Kommune das Beirätegesetz um und stärkt die Stadtteilparlamente.
- Zwei Millionen Euro in 2016 und fünf Millionen Euro in 2017 werden für ein Landesprogramm zur Förderung von Langzeitarbeitslosen bereitgestellt. Damit können dann 500 Langzeitarbeitslose zum Beispiel als Hilfshausmeister, Museumsaufsicht oder in Bürgerhäusern sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden. Ziel des Programms ist auch die Stabilisierung der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen. Neben diesen Bremer Mitteln stehen in gleicher Höhe Bundesmittel zur Verfügung.
- Für die Umsetzung der Ausbildungsgarantie werden in 2016 und 2017 jeweils vier Millionen Euro zur Verfügung gestellt.
- Im Bereich der Wirtschafts- und Hafenpolitik werden die zentralen strukturpolitischen Projekte (Offshore-Terminal Bremerhaven, EcoMaT, Gewerbegebietserschließung, Überseestadtentwicklung, Innovationsförderung) umgesetzt. Ein neues Schwerpunktprojekt in Bremerhaven wird die Sanierung der Kaje im Kaiserhafen sein. Diese öffentliche Kaje muss ertüchtigt werden, damit sie auch künftig wirtschaftlich genutzt werden kann. Dieser Umbau wird nach derzeitigem Planungsstand ca. 32 Millionen Euro kosten.
- Das Breitbandangebot wird mit 5,8 Millionen Euro ausgebaut.
- Für die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen bei Polizei und Feuerwehr stehen in 2016 und 2017 insgesamt 4,27 Millionen Euro zur Verfügung.
- Eine Million Euro sind in 2016/2017 zur Erneuerung von Schutzausstattung, Waffen und Geräten der Spezialeinheiten der Polizei vorgesehen. Außerdem sind 100.000 Euro in 2016 sowie 185.000 Euro in 2017 für die Erneuerung der allgemeinen Schutzausrüstung der Polizeibeamten eingeplant.
- Für die Fertigstellung des Neubaus der Freiwilligen Feuerwehr Lehesterdeich stehen 1,15 Millionen Euro in 2016 zur Verfügung. Weitere 100.000 Euro sind in 2017 für die Planung eines neuen Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Farge veranschlagt.
- Für das neue Brandschutzkonzept sowie ersten Planungen für die Umsetzung eines neuen Standortkonzeptes für den Bremer Nordosten sind jeweils 100.000 Euro in beiden Haushaltsjahren eingeplant.
- Um das sich in der Erarbeitung befindliche Standortkonzept der Feuerwehr Bremen umsetzen zu können und die erheblichen Überstunden der Feuerwehr zu reduzieren, wurde die Beschäftigungszielzahl des Brandschutzes um 62,91 Vollzeitstellen auf insgesamt 490 Vollzeitstellen erhöht.
- 120 Ausbildungsplätze für angehende Polizistinnen und Polizisten in Bremen (in 2016).
- Drei Millionen Euro in 2016/2017 zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit Gerichten (Umsetzung des E-Justice-Gesetz, Stichwort „elektronische Akte“).
- Für die weitere Sanierung der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen werden drei Millionen Euro in 2016/2017 für die Häuser 1+2 bereitgestellt. Die Sanierung von Haus 4 wird voraussichtlich im Frühjahr 2016 abgeschlossen und die der JVA Bremerhaven Ende 2016/Anfang 2017.

- Die Krankenhäuser im Land Bremen erhalten 2016/2017 jeweils 35,6 Millionen Euro zur Finanzierung dringend benötigter Investitionen. Die Fördermittel gewährleisten die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser und eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, eigenverantwortlich arbeitenden Krankenhäusern. In 2017 werden zusätzlich fünf Millionen Euro zur Kofinanzierung des Strukturfonds für Krankenhäuser bereitgestellt.
- Wie 2013/2014 beschlossen, fließen im Haushalt 2016/2017 die weiteren Kapitalerhöhungen von je fünf Millionen Euro. Außerdem soll eine Unterstützung aus dem Kommunalinvestitionsförderfonds in Höhe von vier Millionen Euro zur Sanierung zweier Bettenstationen am Klinikum Bremen-Ost bereitgestellt werden. Darüber hinaus gibt es drei Millionen Euro für den Umbau der Tagesklinik K der Dermatologie am Klinikum Bremen-Ost.
- Mit dem Wissenschaftsplan 2020 wurden sichere Rahmenbedingungen für die Hochschulen geschaffen. In 2016 werden 332 Millionen Euro und in 2017 338 Millionen Euro bereitgestellt.
- Mit 1,2 Millionen Euro jährlich werden 2016 und 2017 innovative Projekte zur Weiterentwicklung der Psychiatrie-Reform finanziert.
- Die Mittel für offene Jugendarbeit werden aufgestockt um zusätzlich 258.500 Euro in 2016 und 434.000 Euro in 2017
- Für die Prävention von politisch oder religiös begründetem Extremismus werden 65.500 Euro in 2016 und 140.800 Euro in 2017 bereitgestellt. Damit ist die Kofinanzierung der Bundesmittel in Höhe von je 0,6 Millionen Euro in 2016/2017 sichergestellt.
- Für Investitionen in Bäder und Sportstätten stehen 3,6 Millionen Euro in 2016 und 7,6 Millionen Euro in 2017 zur Verfügung.